

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Amisblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat September 300 000 M., und Raubabgabe. Ein einzelner Exemplar 1000 000 M. Anzeigenpreis: Die erste Zeile oder deren Raum Grundzahl 20.45, Grundzahl einer Reklamewelle 20.150. Diese Grundzahlen sind mit der Schlüsselzahl 19 000 zu multiplizieren. Bei Wiederholung Rabatt.

Nr. 319.

Ultensteig, Donnerstag den 20. September.

Jahrgang 1923

Die Währungsreform.

Aus Erklärungen, die der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding vor Pressevertretern über den Entwurf einer Währungsreform gab, ist hervorgehoben:

Die Regierung geht von der Erkenntnis aus, daß eine wertbeständige Währung in keinem Fall geschaffen werden kann, ohne daß das Gleichgewicht im Haushalt des Reiches (und wohl auch aller seiner Kostgänger) hergestellt wird. Der heutige Umlauf an Papiergeld hat in Gold einen ziemlich konstanten Wert von 100 bis 150 Millionen Goldmark; die geringfügigkeit dieses Betrages gegenüber dem Friedensumlauf von etwa 5 Milliarden Zahlungsmitteln erklärt sich zum Teil aus der erhöhten Zirkulationsgeschwindigkeit des ständig der Entwertung gefährdeten Papiergeldes, zum Teil aus der Verwendung von Devisen für die Abwicklung des inländischen Zahlungsverkehrs. Nach der Schätzung des Finanzministers müßte bei der Rückkehr zu einer stabilen Währung mit einem Zahlungsmittelumlauf von mindestens einer Milliarde Goldmark gerechnet werden. Der Gedanke der Regierung ist nun der, durch ein radikales Finanzprogramm in einer bestimmten Zeit, etwa drei bis vier Monaten, das Defizit im Budget des Reiches auszugleichen und gleichzeitig durch Schaffung einer stabilen Währung das Hineinwachsen der Einnahmen in die Ausgaben zu erreichen, das nötig ist, damit das Reich nicht nur seine Zusicht zur Notenpresse zu nehmen braucht. In diesem Zwecke soll zunächst der Schatzwechselkurs des Reiches bei der Reichsbank von einem bestimmten Tage an vollkommen eingestellt werden, so daß die Menge des umlaufenden Papiergeldes keine Vermehrung mehr erfährt und aus diesem Grunde keinerlei Entwertung mehr ausgeht würde. Da aber das Reich nicht von heute auf morgen seine Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht bringen kann, soll es die Möglichkeit erhalten, für etwa drei bis vier Monate, bis das Defizit beseitigt ist, sich von einer neuen Währungsbank etwa die Differenz zwischen dem tatsächlichen Geldwert des umlaufenden Papiergeldes und dem als notwendig errechneten Zirkulationsbedarf, also etwa 900 bis 1000 Millionen Goldmark, durch die Hilfe der neuen Währungsbank zu verschaffen. Die neue Bank, die mit der Reichsbank nichts zu tun haben soll, dient lediglich dem Zweck, dem Reich über die Periode der Budget- und Währungsstabilisierung hinwegzuhelfen, erfüllt also eine Übergangsfunktion.

Die weitere Konstruktion lehnt sich eng an den Plan Dr. Hilferdings an. Auf Grund der Wehrbeitrags-einschätzung soll die gesamte Privatwirtschaft mit einer Goldschuld belastet werden (mindestens höher als zu fünf Prozent des Wehrbeitragswertes). Auf Grund dieser Belastung sollen festverzinsliche, mit halbjährlichen Coupons ausgestattete Goldobligationen ausgestellt werden, die die neue Währungsbank zur Deckung der von ihr ausgegebenen Noten verwendet. Das durch die Belastung der Wirtschaft beschaffte Grundkapital der Bank soll den Betrag von 1 Milliarde Goldmark nicht übersteigen. Die sämtlichen von der Bank ausgegebenen Noten erhält das Reich, das damit seinen Zahlungsmittelbestand in der Übergangszeit deckt. Das Reich erhält also gewissermaßen ein unverzinsliches unanfällbares Darlehen der neuen Bank. Nur durch das Reich wird das neue Zahlungsmittel in den Verkehr gebracht, d. h. für seine Reduktion, und das Reich verlangt auch für Steuerzahlungen und alle übrigen Leistungen die Bezahlung in dem neuen Gelde. Denn die neue Banknote soll das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel werden. Das laufende Papiergeld, bei dem eine Denomination oder die Einführung in die Pfennige der neuen Währung vorgenommen werden kann, ist zunächst die Scheidemünze der neuen Note. Jederzeit kann die Papiermark von heute gegen die neue Note eingewechselt werden.

Die Reichsbank soll sich nach dem Plan der Regierung auf die Funktion einer reinen Goldnotenbank beschränken, die sie bis zum Jahre 1909 innegehabt hat. Mit der Papiermarkwährung hätte die Reichsbank überhaupt nichts mehr zu tun, wie sie ja überhaupt von der ganzen Finanzgebarung des Reiches streng getrennt wäre.

Eine Kritik des Währungsplanes der Regierung wird erst dann möglich sein, wenn der Entwurf und das angekündigte Finanzprogramm vorliegen. Das Kabinett scheint den Entwurf noch nicht verabschiedet zu haben. Jedenfalls steht noch nicht fest, ob er in Gesetzes- oder Verordnungsform Geltung erlangen soll.

Zwei Schritt zurück!

Der Inhalt von Poincarés neuem Sonntagsreden — er begnügt sich dormalen mit Worten — läßt sich, wie die „Leipz. R. A.“ schreiben, in drei Worten zusammenfassen: Deutschland muß kapitulieren! Und zwar nicht auf Bedingungen, sondern bedingungslos. Frankreich verfolgt der jungen deutschen Republik gegenüber die umgekehrte Politik, die Bismarck der jungen französischen Republik gegenüber betrieb. Bismarck vermied es peinlich, die inneren Schwierigkeiten der republikanischen Regierung durch äußere Schwierigkeiten zu verdecken. Er entfernte den Vorkämpfer Harry Varnin ohne Höflichkeit, als er merkte, daß er die monarchistischen Treibereien gegen die Republik unterstützen wollte. Poincaré im Gegenteil ist darauf bedacht, die schwierige innere Lage der republikanischen Regierung ins Unhaltbare zu steigern, indem er — ohne Rücksicht auf ihre Bereitschaft zum Entgegenkommen und zur Verständigung — einseitig die eine Forderung wiederholt, die die Regierung nicht erfüllen kann, ohne sich selbst unmöglich zu machen. So eindeutig wie in diesen letzten Sonntagsreden hat Poincaré seine Absichten lange nicht erklärt: er will das Reich in Anarchie stürzen, um an der Ruhr bleiben zu können; und er will an der Ruhr bleiben, um das Rheinland vom Reich abzutrennen. Gibt es in Deutschland noch Leute, die sich darüber etwas vorzumachen imstande sind?

Damit könnte man die Reden auf sich beruhen lassen, wenn das Drum und Dran, womit die letzten Ziele der französischen Politik verzerrt werden, nicht doch noch einige Beachtung erforderte. Ganz allgemein hat man den Eindruck, daß Poincaré an diesem Sonntag noch um einige Grade verärgelter sprach, als es seiner galligen Natur sonst geläufig ist. Der Verdacht darüber, daß Deutschland seine zweite Kapitulation auf Gnad und Ungnade noch nicht angenommen hat, bricht an allen Ecken und Kanten durch. Ein Beweis dafür, wie nötig Poincaré diese Kapitulation doch hat. So stark ist dieser Verdacht, daß er sich nicht nur in den üblichen Grobheiten gegen Deutschland, sondern auch in scharfen Ausfällen gegen die lieben Verbündeten Luft machte. Bemerkenswert ist hier vor allem die Wendung von den „braven und treuen schwarzen Truppen“, die Deutschland vor der Welt herabzulegen versuche, weil es nicht wolle, daß Frankreich „ein Volk von 100 Millionen“ werde. Um zu verstehen, was das hienauswill, muß man sich erinnern, daß auch der General Mangin in Straßburg eines Sonntags eine Rede gehalten hat. Darin stellte er fest: es sei als erwiesen anzusehen, daß farbige Truppen recht wohl auch im gemäßigtesten Klima verwandt werden könnten; es sei ganz falsch, sich Frankreich vorzustellen als eine Nation von 39 Millionen Einwohnern, es sei vielmehr eine Nation von 100 Millionen Untertanen, und die Kritik, die an der Verwendung von Senegalnegern am Rhein geübt werde, entspringe nur der Furcht, „unser Kolonialreich könnte mit Frankreich selbst zu einem Ganzen verschmelzen und unsere Kraft, uns in der Welt auszubreiten, folgendermaßen gesteigert werden“. Viel mehr Aufsehen als in Deutschland hatte diese Rede des Generals in England gemacht. Der „Manchester Guardian“ bedauerte, daß die Friedenskonferenz gegen solche Möglichkeiten nicht Vorkehrungen getroffen habe. Er nannte die Rede abwegig — sinister — was auch einen Stich ins Bosartige hat. Er meinte, es gehöre nicht viel Phantasie dazu, sich die Grauel auszumalen, die über Europa kämen, wenn europäische Völker sich auf die Waffe verließen, die General Mangin da vor aller Augen geschwungen habe. Ein Europa mit schwarzen Garnisonen würde eine noch hoffnungsloser verschandene Zivilisation darstellen, als ein bis an die Zähne bewaffnetes Europa. Weiser Militarismus bedeute ein Europa ohne Hoffnung, schwarzer Militarismus ein Europa ohne Selbstachtung. Wenn Frankreich hier die Führung übernehme, würde es die Menschheit in einen Zustand der Erniedrigung und des Elends führen, gleich dem, als im sechzehnten Jahrhundert der Sklavenhandel eingeführt wurde. Frankreichs Verbündete

seien bereit, für Frankreichs Sicherheit Opfer zu bringen; aber kein Land der Erde sei eines solchen Opfers wert. — So lautete das Urteil des angesehenen englischen Blattes, als nur General Mangin gesprochen hatte. Wie wird sein Urteil lauten, nachdem der Ministerpräsident Poincaré unter dem Schein eines Angriffs auf Deutschland, dem Programm des Generals Mangin beigetreten ist?

Der französische Wiederaufbau.

Die „Basler Nachrichten“ geben unlängst nach einer englischen Quelle folgende Übersicht über den Wiederaufbau in Frankreichs zerstörten Gebieten wieder, der nicht ohne Interesse ist. Nach der Statistik vom 1. März 1923 war der Stand der Dinge folgender:

Bevölkerungsstand im Jahre 1914: 4 690 183. Zahl der Personen, die das Gebiet während des Krieges verlassen mußten: 2 615 116. Heutige Bevölkerung: 4 Millionen 074 970.

Bodenfläche: vertrieben 3 306 650 Hektar; nach Geschossen abgebrannt 3 103 541 Hektar; von Geschossen, Schienen, Schützengräben und Kriegsmaterial gesäubert Boden 2 931 159 Hektar.

Dorfschaften: geräumt 3256 Hektar; wieder bewohnt 3238 Hektar.

Elementarschulen: vor dem Kriege 8301, wieder eingerichtet 7734.

Häuser: zerstörte Gebäude 293 043, beschädigte 500 997, vorläufig ausgebessert 181 000, endgültig wieder hergestellt 244 766, neu erstellt 166 951.

Vorläufige Gebäude: aus Holz 86 281, aus altem Material 44 836, Baracken 24 310.

Landwirtschaft: erworbener Boden 1 923 479 Hektar, gepflügter Boden 1 558 569 Hektar.

Landwirtschaftliche Gebäude: neu erbaut 23 514, vorläufig nutzbar gemacht 21 183, endgültig wieder hergestellt 77 336.

Befehlshabern: aus Holz 17 366, unter Verwendung alten Materials gebaut 4160, Baracken 12 944.

Bege: zerstört 58 697 Kilometer, aufgeräumt 23 625 Kilometer, wieder hergestellt 32 650 Kilometer.

Brücken: zerstört 6123, wieder hergestellt 5189.

Hauptbahnhöfe: zerstört 2404 Kilometer, vollkommen wieder hergestellt 2404 Kilometer.

Eisenbahnbrücken: zerstört 1503, wieder hergestellt 1503.

Nebenlinien: zerstört 2409 Kilometer, wieder hergestellt 1523 Kilometer.

Robrifen mit mehr als 10 Arbeitern: zerstört 9356, teilweise in Betrieb 3215, in voller Tätigkeit 4100.

Ihre Durchführung hatten noch die folgenden Arbeiten: Bodenreinigung von etwa 370 000 Hektar, Bau von 350 000 neuen Häusern an Stelle der bisherigen provisorischen, Wiederherstellung von 3000 Kilometer Wegen, 1000 Brücken, 900 Kilometer Nebenbahnen, Zuschüttung von 53 000 Kubikmeter Schützengräben, Wegräumen von 87 000 Meter Stadtschutt.

Das Basler Blatt bemerkt weiter:

Die deutschen Sachlieferungen hatten einen relativ geringen Anteil am Wiederaufbau, der in weitestem Maße französischen Unternehmern zustatten kam, und wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung Frankreichs beigetragen hat. Nach dem „Journal Officiel“ beträgt die gesamte Summe der amtlich anerkannten Privatkapitalien 85 789 Milliarden Franken. Bis zum 31. Dezember 1922 waren davon in Form von endgültigen Abzahlungen, Vorschüssen und Annuitäten ausbezahlt 41 265 Milliarden Franken. In dieser Summe sind die für Wiederaufbau von Eisenbahnen, Straßen und öffentlichen Bauten ausgegebenen Beträge nicht enthalten.

Es ist also nicht so, daß die Ruinen Frankreichs nach dem Wiederaufbau schreien; sie sind tatsächlich zum größten Teil aufgebaut, und wo sie noch als Ruinen daliegen, werden sie größtenteils auch nicht mehr aufgebaut. Deutsche Hilfe für den Aufbau hat man nicht gewollt, sonst wäre er längst noch vollkommener gelöst, aber man wollte den Augen auch den französischen Unternehmern zukommen lassen, und hat so das Wirtschaftsleben mit harten Krämpfen gefordert, daß es heute kräftiger als vor dem Kriege da steht, wie es Engländer mehrfach schon betont haben. Selbstredend vermindert das nicht die deutsche Schadenerschaftspflicht, die wir von Anfang an anerkannt haben. Aber sicher wäre sie freudiger geleistet worden, wenn es sich unmittelbar um die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete gehandelt hätte und nicht um die Bezahlung des Staats für seine Wirtschaftskrisen.

Das Weißbuch über Deutschlands Erfüllungswillen.

Dem Reichstag ist ein Weißbuch über die deutschen Angebote in der Wiedergutmachungsfrage zugegangen. Es enthält die den Alliierten seit Waffenstillstand übermittelten deutschen Angebote und Vorschläge zur Lösung der Reparations- und Wiederaufbaufrage im deutschen Text und in französischer und englischer Übersetzung.

Das erste Angebot vom 29. Mai 1919 wurde durch die Mantelnote der Friedenskonferenz abgelehnt.

Das Angebot vom 12. Juni 1920 in Spaen sollte durch eine Prüfung durch eine Kommission in Genf erledigt werden. Diese Kommission hat niemals stattgefunden.

Die deutschen Gegenanträge auf der Londoner Konferenz vom 1. März 1921 wurden am 3. März 1921 durch Lloyd George zurückgewiesen.

Dasselbe Schicksal hatte das Angebot vom 7. März 1921 in London.

Das Angebot von 50 Milliarden Goldmark vom 24. April 1921 wurde durch Note der Regierung der Vereinigten Staaten vom 3. März 1921 als eine für die alliierten Regierungen nicht annehmbare Verhandlungsgrundlage bezeichnet.

Das in der Rede Rathenaus in Cannes gemachte Angebot vom 12. Januar 1922 blieb infolge des Abbruchs der Konferenz und des Beschlusses der Reparationskommission vom 13. Januar 1923 unberücksichtigt.

Die Vorschläge vom 28. Januar 1922 wurden durch die Reparationskommission am 21. März 1922 in einer Art beantwortet, die dem deutschen Standpunkt nur ungenügend Rechnung trug.

Der Vorschlag für eine Stabilisierung der Mark vom 4. November 1922 und die Note der deutschen Regierung vom 8. November 1922 blieben ohne sachliche Antwort.

Ein Angebot vom 14. November 1922 zur Wiederherstellung der deutschen Reparationsfähigkeit wurde abgelehnt.

Durch Note vom 26. Januar 1923 wurde das Londoner Ultimatum wieder in Kraft gesetzt.

Das Angebot Cuno an Bonar Law vom 9. Dezember 1922 wurde durch letzteren für nicht befriedigend erklärt.

Das letzte Angebot vom 2. Mai 1923 nebst dem Memorandum vom 7. Juli 1923 sind bisher einer Antwort nicht gewürdigt worden.

Ebenso sind von deutscher Seite ohne Erfolg Angebote über Angebot ergangen, an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete praktisch mitzuwirken.

Neues vom Tage.

Nationalsozialisten und Kommunisten.

Stuttgart, 18. Sept. Die von den Nationalsozialisten einberufene Versammlung in der Viederhalle verlief ohne jede Störung. Während der Versammlung hat eine starke Ansammlung von kommunistischen Elementen vor der Viederhalle stattgefunden. Es waren etwa 1500 Personen, die versuchten, in die Viederhalle gewaltsam einzudringen. Die Polizei hielt die Menge davon ab und trieb sie auseinander. Es kam dann, als die Versammlung zu Ende war, wieder zu Zusammenrottungen in der Schlossstraße und die Menge nahm eine sehr bedrohliche Haltung ein. Die Kommunisten wurden zurückgedrängt; hierbei wurde die Polizei mit Steinen beworfen. Außerdem fielen in der Hofstraße, wohin die Polizei die Kommunisten zurückgedrängt hatte, aus der Menge scharfe Schüsse gegen die Polizei, worauf diese Schreckschüsse abgab. Die Menge wich dann zurück und es gelang, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Ein Mann wurde durch einen Lungenschuß schwer verletzt.

Heimgesunden.

Novelle von Maria Garing.

(24)

(Nachdruck verboten.)

„Sie darf und soll den Ausgestoßenen aber nicht mehr lieben, sie soll nicht unglücklich werden, weil ich bereinst in maßloser Verblendung, um einer falschen Strenge willen die heiligsten Güter des Menschen von mir geworfen. Ihre Liebe wird schon sterben, Mutter Liesel, wenn Du ihr sagst, wie unwürdig ich dieser Liebe bin.“

Das werde ich ihr aber nicht sagen, Heinz, ich möchte dann gegen meine eigene Überzeugung reden. Sollte ich ihr aber auch sagen, Heinz, sie würde mich fragend ansehen und Augen und Lippen würden sprechen: „Kommst Du mich so wenig, Mutter, daß Du glaubst, meine Liebe könne an Deinen Worten sterben?“

„Eine armselige Liebe, die über Klippen und Untiefen den Weg zum Geliebten nicht findet.“

Ganz still wird es nach diesen Worten in dem kleinen Zimmer, Lise sieht nur die alte Schwarzwaldbuhr auf Frau Liefels Kommode und draußen im Holländerbusch laßt und schluchzt die kleine Nachtgall.

Frau Liefels Hände ruhen auf dem zerzausten Kopf des Bräutigams. Sie bemüht sich mit fast übermenschlicher Anstrengung, das Jittern zu verbergen, das über ihren Körper hinläuft. Sie ahnt, was in der Seele des jungen Mannes vor sich geht, und sie hangt vor der Entscheidung. Ihre Augen suchen das Christusbild auf dem kleinen Hausaltar und ihre Lippen bewegen sich wie zum Gebet, ihre ganze Seele liegt in den wenigen Worten: „Herr hilf, erbarne dich in dieser Stunde!“

Wenige Minuten nur hat der Kampf gedauert, Frau Liefel drückt sie eine Entscheidung.

Gegen die Lugscheinfuhr.

Berlin, 19. Sept. Nach einer Mitteilung der „Voss. Ztg.“ hat das Reichsfinanzministerium den Entwurf einer Verordnung fertiggestellt, die starke Hölzerhöhlungen vorsieht zur Eindämmung der Einfuhr entbehrlicher und Luxusgegenstände. Es handelt sich um Erhöhungen von 33%, 50, 100 und bei zwei Warenkategorien sogar über 100 Proz.

Berücksichtigung der Devisenverordnung.

Berlin, 19. Sept. Die Veröffentlichung der neuen Devisenverordnung steht unmittelbar bevor. Nach der Devisenmalverordnung ist die Vermittlung von Devisen in ausländischen Zahlungsmitteln außer den Devisenbanken und den berechtigten Ausmaßern nur noch den auf Grund der Devisenverordnung zugelassenen Devisenmaklern gestattet. Die Devisenmakler dürfen solche Geschäfte nur zwischen den Devisenbanken vermitteln und sollen nur im Ortsbereich staatlich zugelassener Fondsbörsen zugelassen werden.

Gleichzeitig werden Ergänzungen der bisherigen Devisenverordnungen bekanntgegeben. In einer weiteren Ausführungsbestimmung zur Verordnung betreffend das Verbot des Markverkaufes in das Ausland vom 9. August werden im Saargebiet ansässige Personen den im Ausland ansässigen Inländern und den Ausländern gleichgestellt.

In der Bekanntmachung betreffend die Umwandlung der Devisen und Sorten wird das Verbot der Umwandlung von ausländischen Devisen in ausländische Geldsorten und die Auszahlung von ausländischen Währungskonten in Geldsorten durch die ausländischen Vertretung und Dienstleistungen, denen der Reichswirtschaftsminister die Genehmigung zum Erwerb ausländischer Zahlungsmittel erteilt, befestigt. Ferner dürfen ausländische Zahlungsmittelungen, die auf weniger als 100 Mk. Gold lauten, oder wenn der Zahlungsempfänger Ausländer ist, in ausländischen Geldsorten ausbezahlt werden.

Devisen-Razzien in Berlin.

Berlin, 19. Sept. Zu den Devisen-Razzien in der Friedrichstraße und im Westen Berlins erklärte der Devisenkommissar, Geheimrat Kellinger, einem Vertreter der „Voss. Ztg.“: Es war mir bekannt, daß in einer ganzen Anzahl von Lokalen Berlins in großem Maßstab mit Devisen und vor allem mit Banknoten gehandelt wird. Ich beschloß deshalb, eine überraschende Kontrolle dieser Lokale vornehmen zu lassen. Im Augenblick ist eine Uebersicht über den Ertrag des Unternehmens nicht möglich, jedoch dürften meiner Schätzung nach die beschlagnahmten Banknotenumengen, die sich aus Geldsorten aller Länder zusammensetzen, recht beträchtlich sein. Ich habe den Gesamtertrag sofort dem Reich zur Verfügung gestellt.

Ueber die Vorgänge während der Devisen-Razzien teilt der „Berl. Volksanz.“ noch mit: Zahllos waren die Fälle, in denen die fremden Geldsorten in hohem Wert hinter und unter Sofa und Tisch geworfen wurden. Alle anwesenden Gäste und das Personal, das sich übrigens auch zum Teil an dem wilden Devisenhandel beteiligte, mußten sich eine körperliche Durchsuchung gefallen lassen. Eine große Anzahl von Personen stürzten Herunter, die sich nicht im besten Zustand befanden, wird in den nächsten Tagen zwangsweise über die Grenze abgeschoben.

Der Abbau der Ausfuhrkontrolle.

Berlin, 19. Sept. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse machten eine wesentliche Einschränkung der Ausfuhrkontrolle erforderlich. Eine Bekanntmachung der zuständigen Ministerien setzt daher mit Wirkung vom 27. September an alle bisherigen Ausfuhrverbote außer Kraft und bringt eine neue Liste von Waren, die zukünftig noch der Ausfuhrbewilligung bedürfen. Danach sind alle nicht in dieser Liste erwähnten Waren nunmehr ausfuhrfrei.

Endlich aber hebt Heinz den Kopf empor, er sieht auf, seine Gestalt scheint zu wachsen.

„Mutter, was Du mir mit Deinen Worten gegeben, ich sage es noch einmal, Du weißt es nicht. Den Glauben an Frauengüte und Frauenreinheit hast Du mir wieder gegeben, hast mir den Mut gegeben, den Kampf mit dem Leben noch einmal zu wagen. Sieh, mit dem Vorsatz bin ich hierher gekommen, am Grabe der Mutter meinem elenden, verpöhten Leben ein Ende zu machen. Sieh hier den Revolver, er sollte diesem Zwecke dienen, nun brauche ich ihn nicht mehr.“

Er legt die Waffe auf den Tisch, Frau Liefel ist fast im Schreck erstarrt, dennoch vermag es die kleine, tapfere Frau mit ruhiger Stimme zu sprechen:

„Das würdest Du niemals getan haben, Heinz, Deine Mutter würde es nicht zugelassen haben, daß Du solche Sünde auf Deine Seele geladen. Armer Junge, hastest Du denn gar kein Vertrauen zu mir?“

„Da der eigene Vater seinen Sohn verstoßen, wie konnte ich hoffen, bei anderen Menschen Aufnahme zu finden?“

„Doch Heinz, wärest Du nicht so verzweifelt gewesen, so hättest Du wohl denken können, daß ich in jeder Lebenslage zu Dir gehalten hätte. Aber sei dem wie ihm sei, ich bin froh, daß Gott Dich endlich wieder zu mir geführt hat, ich will Dich nicht bestärken, hier zu bleiben, ich begreife, daß es Dir jetzt unmöglich ist. Aber etwas genießen mußt Du, ehe Du wieder weiter gehst.“

Sie will in die Küche eilen, doch Heinz vertritt ihr den Weg. „Mutter, rufe Elfriede nicht, jetzt nicht, ich möchte so nicht von ihr gesehen werden. Ich werde wieder kommen und dann soll sie sich meiner nicht zu schämen brauchen. Sage aber, sie solle für mich beten, sie mein guter Engel, der mich wieder auf den rechten Weg führen wird. Doch auch Du keine Sorge mehr um mich, Mutter, ich fühle neuen Lebensmut in meinen Adern, ich werde nicht untergehen, jetzt nicht mehr.“

d. h. sie bedürfen keiner Ausfuhrbewilligung mehr. Die neue Verbotsliste umfaßt im wesentlichen nur noch Nahrungsmittel, Rohstoffe und gewisse Halbfabrikate, an denen die deutsche weiterverarbeitende Industrie besonders interessiert ist. Für die nunmehr ausfuhrfreien Waren sind keinerlei Bewilligungspapiere mehr erforderlich. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß wie bisher auch bei ausfuhrfreien Waren die grünen statistischen Scheine und die Ausfuhrerklärungen den Antragstellern beizufügen sind. Mehr als bisher ist aber zum Schutze der Währung erforderlich, daß alle Ausfuhrgegenstände in hochwertiger valuta ins Ausland übergeführt und soweit irgend möglich an die Reichsbank abgeliefert werden. Nachdem infolge der starken Einschränkung des Ausfuhrverbots dieses Ziel nicht mehr mit dem Mittel der Außenhandelskontrolle erreicht werden kann, wird durch eine gleichzeitig veröffentlichte Verordnung auf Grund des Reichsgesetzes die Festsetzung der Zahlung von Exportwaren in hochwertiger valuta, die Verwendung der Gegenwerte im Interesse der deutschen Wirtschaft und auch die Ablieferung an die Reichsbank vorgeschrieben. Grundsätzlich soll die Preisstellung in der Währung des Empfangslandes erfolgen. Unabhängig davon sind aber allgemein die vier gebräuchlichsten internationalen Währungen: Dollar, Pfund, holländischer Gulden und Schweizer Franc zu veranschlagen. Als Mindestsatz der Ablieferung werden 30 Prozent der Exportdevisen vorgeschrieben. Durch diese Neuordnung wird die Erfassung von Exportdevisen wirksamer gestaltet und die Ablieferungskontrolle insbesondere auch auf alle ausfuhrfreien Waren erstreckt, was bisher unmöglich war.

Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 19. Sept. Der „Vorwärts“ berichtet: Der Vorstand der sog. Reichstagsfraktion beschäftigte sich mit der außen- und innenpolitischen Lage Deutschlands. Es bestand Einstimmigkeit darüber, daß von der Reichsregierung alles getan werden muß, um von deutscher Seite schnell zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen mit dem Ziel der Befriedung des Ruhrgebietes und der Wiederherstellung vertragsmäßiger Verhältnisse. Bezüglich der innenpolitischen Lage wurde von allen Seiten der ungeheure Ernst der Lage betont, daß den Stillelegungen von Betrieben durch Mitwirkung der Betriebsräte und die schärfste Prüfung der Demobilisationskommission entgegengekömmt wird und bei nicht gerechtfertigter Stilllegung die Rohstoffe und Devisen dieser Unternehmen enteignet werden. Außerdem wurde die Sicherstellung der Ernährung gefordert. Der Fraktionsvorbund wurde beauftragt, mit den übrigen Parteien wegen der Einderufung des Reichstags in Verbindung zu treten.

Reichskabinett und passiver Widerstand.

Berlin, 19. Sept. Wie die „D. A. Ztg.“ berichtet, hat das Reichskabinett eine sehr bedeutende Sitzung über die Frage des passiven Widerstands abgehalten, aber die vorher bereits mit den Vertretern der Boykottorganisationen und Gewerkschaften aus dem Ruhrgebiet Besprechungen geführt worden waren. Die Beratungen waren streng vertraulich.

Englisch-belgischer Vorstoß in Paris?

Berlin, 19. Sept. Ueber eine gemeinsame Demarche der englischen und belgischen Regierung in Paris wird der „Vossischen Zeitung“ von zuverlässiger Seite mitgeteilt: In der vergangenen Woche sind beim französischen Ministerpräsidenten sowohl der englische wie auch der belgische Gesandte erschienen und haben im Auftrag ihrer Regierungen Vorstellungen erhoben in Bezug auf die Haltung Frankreichs gegenüber der neuen Reichsregierung in Deutschland, vor allem in der Ruhrfrage. Der französische Ministerpräsident wurde so-

fortig genötigt Heinz dann von den Speisen, die Frau Liefel ihm vorsetzt, hat er doch lange Zeit nichts mehr genossen. Frau Liefel aber ist zur Kommode getreten, aus einem verschlossenen Schubfach nimmt sie ein feines Beutchen mit Geld.

„Der Heinz, nimm dieses als Darlehen, nein, nein, wehr Dich nicht dagegen, ich will es Dir ja auch nicht schenken, ich weiß schon, Du gibst es mir wieder, wenn Du selbst Verdienst genug hast.“

„Mutter! Mutter! wie soll ich Dir danken! Von dem jauer Ersparten gibst Du mir freiwillig und der eigene Bruder, der selbst im Gelde wählen kann, will mir nicht einmal das mir rechtmäßig zustehende geben.“

„Er drohte mit mir mit dem Erschießen als ich eigenmächtig eine handvoll Geld vom Schreibtisch nahm.“

„Heinz!“ Frau Liefel ist ganz blaß geworden bei Heinzens Worten.

„Ja, Mutter Liefel, es ist die Wahrheit. Vielleicht hätte Vater mir doch etwas gegeben, ich höre wie er meinen Namen rief. Ich war aber so außer mir, nicht um die Welt hätte ich umkehren können.“

„Heinz, ich glaube Deinen Bruder zu verstehen, er ist eifersüchtig auf Dich. Fritz und Liefel sind nicht so glücklich wie sie scheinen.“

Einen Augenblick blüht es wie Triumph in Heinzens Augen, doch dann sagt er ruhig: „Ich wünsche es ihnen nicht mehr, Mutter Liefel, daß sie unglücklich sein möchten. Ich habe ihnen vergeben. Wohl haben sie mir ein großes Leid angetan, aber die Liebe eines Engels hat alle Bitterkeit von mir genommen. Nun leb wohl, Mutter Liefel, Dein Darlehen will ich von Dir annehmen, denn Deine Wohlthaten tun nicht weh. Grüße Elfi und sage ihr, sie möge an mich glauben, auch wenn ich nicht immer Nachricht gebe, denn erst muß ich mich selbst wieder finden, ehe darf ich es nicht wagen, der Geliebten meine Hand zu berühren. Noch eins, Mutter Liefel, bring auch meinem Vater einen Gruß, sag auch ihm, mein Weg führe wieder zurück.“

(Fortsetzung folgt.)

beten, dem Kabinett Stresemann gegenüber eine persön-
lichere entgegenkommendere Haltung einzunehmen und
am die Verständigung des Ruhrkonflikts in für Deutsch-
land tragbarer Form zu ermöglichen.

Die Zusammenkunft Poincaré-Waldwin.

Paris, 19. Sept. Die Zusammenkunft von Wal-
dwin mit Poincaré fand Mittwoch mittig bei einem
Frühstück im Hause der britischen Botschaft statt. Wal-
dwin hat nicht einen Besuch am Quai d'Orsay gemacht,
er empfing vielmehr seinerseits den Besuch Poincarés im
englischen Botschaftsgebäude. Die Aussprache hat zwi-
schen den beiden Ministerpräsidenten unter vier Augen
stattgefunden. Bemerkenswert ist schließlich, daß Poincaré zu-
vor Unterredungen mit Marshall Foch, Barthou, dem
englischen Botschafter Lord Grenville und dem in Paris
verweilenden belgischen Ministerpräsidenten Thémis hatte.

Die Lage im Oberrhein Gebiet.

Paris, 19. Sept. Die Lage im oberrheinischen Streit-
gebiet, besonders in Elsass, ist unverändert. In
einem Hause wurde ein Waffenlager entdeckt und be-
schlagnahmt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenom-
men. Die sozialdemokratische und kommunistische Par-
tei hat einen gemeinsamen Aufruf angeschlagen, in dem
die geschlossene Einheitsfront bekanntgegeben, Geschäfte
und Banken aufgeschlossen werden, wieder zu öffnen,
die Arbeiterbewegung vor Verhaftungen gewarnt und gegen
die Anwesenheit der Sicherheitspolizei protestiert wird.
Gegenüber unrichtigen Meldungen wird amtlich fest-
gestellt, daß bis jetzt zwei Demonstrationen ums Leben
gekommen sind.

Anfällige Konzeptionen für Reichsanwalt a. D. Wirth.
London, 19. Sept. Reuter meldet aus Moskau, der
frühere Reichsanwalt Dr. Wirth habe von der Sowjet-
regierung außerordentlich umfangreiche Konzeptionen
erhalten, darunter die Ausbeute von 4 großen Wal-
dungen westlich von Moskau, Vollendung einer Bahn-
linie nach dem kaspischen Meer und Errichtung zahl-
reicher Sägemühlen. Es handle sich um die größten
Konzeptionen, die bisher von der Sowjetregierung er-
teilt worden sind. Der Vertrag laute auf 25 Jahre
mit der Möglichkeit einer Verlängerung von 10 Jahren.
— Wirth wird in etwa 14 Tagen in Berlin eintreffen
und von dort nach London weiterreisen.

Kaufverträge auch mit Stresemann.

Paris, 19. Sept. Der „Temps“ schreibt: Die Po-
litik des Kabinetts Stresemann-Diffendard verdiene, so
wie sie sich entwickle, nicht das Vertrauen, das die
Franzosen ihm hätten entgegenbringen wollen. Der
Kanzler und der Finanzminister hätten ihr Amt nicht
nur ohne irgend ein bestimmtes Programm übernom-
men, sondern man habe sogar den Eindruck, daß Strese-
mann seine wahren Gedanken nicht einmal seinen Mit-
bürgern enthülle. Ferner führe die deutsche Diplo-
matie fort, auf die Differenzen zu insistieren, die sie
unter den Alliierten zu erregen sich bemühe.

Gegenrevolution in Bulgarien?

Belgrad, 19. Sept. Die Abendblätter berichten aus
der Grenzstadt Jariabrod, daß in Bulgarien die Gegen-
revolution ausgebrochen ist. Die vereinigten Kommu-
nisten und Bauern haben in vielen Städten die Nacht
in ihre Hände genommen. In der Umgebung von
Sofia und Philippopolis seien große Unru-
hen ausgebrochen. Die Regierung hat Maßnahmen
getroffen, um die revolutionäre Bewegung zu unter-
drücken. Blutige Kämpfe dauern an und die Bewegung
wächst.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 20. September 1923

* Übertragen wurde eine Leiche an der evangeli-
schen Volksschule in Salingen dem Seminarlehrer
Dr. Hermann Rehm in Nagold.

Die Raubtater vom Bergel Regold wurden am Dien-
stag, 18. Sept. 1923 in ihre Heimat zurückgeführt. Ab-
schied in Altensteig 5 Uhr vorm.; in Nagold 7.23 vorm.

— **Reichsgerichtsbeschlüsse.** Als auch die Tageszeitungen
ihre Briefe erhöhten, haben manche Leute geglaubt,
der beim Sparen anfangen zu müssen und haben sie
abgesetzt. Aber das altgewohnte Blatt wurde bald
wieder, und um das Blatt wieder zu gewohnter
Stunde zu haben, gab's zwei Mittel. Die anständigen
und ehrlichen Menschen, die glücklicherweise noch in
der Mehrheit sind, bestellten es wieder — die Her-
schaffen, die sparen und doch lesen wollen, machen
es einfacher. Es ist ja nur eine Zeitung. Und ohne
bewußt stehen sie sich aus dem Briefkasten des Nach-
barn oder auch in fremden Häusern das Blatt mit
dem bekannten schnellen Griff. Vielleicht wird ihnen
habe gar nicht klar, daß dies gestohlen ist und daß
jeder einem Fahrgeld und einem Reichtumsdies
auf ein Grab unterstellt ist. Diebstahl bleibt Dieb-
stahl, ob der Gegenstand klein oder groß ist, und wird
mit Gefängnis bestraft.

— **Steuererhöhg.** a. Durch Verordnung des Fi-
nanzministeriums ist mit Wirkung vom 18. Sept. ab
die Salzsteuer auf 20 500 M. für ein Kilogramm, die
Bauernsteuer auf 12 300 000 M. bei der Abgabe von
Brotkorn, auf 30 750 000 M. bei der Abgabe von
anderem Futter für je 100 Kilogramm erhöht worden.
Die Steuer wird erst Wirkung vom 18. Sept. an
wirklich verhängt.

— **Von der Inneren Mission in Deutschland.** Der
Zentralausschuß für Innere Mission feiert demnächst
ein 75jähriges Jubiläum. Ein paar Zahlen mögen
veranschaulichen, wie weitverbreitet die evangelische Be-
weirung ist, die er zusammenfaßt: Es gehören ihm
an 70 große Verbände: die Brüderanstalten mit
3000 Missionen, die Diakonissenanstalten (allein im
Reichsverband 65) mit 35 000 Schwestern, der
Reichsverband der Diakonissen mit 600 Anstalten und 30 000
Mägden, die 34 Anstalten für Schwachsinnige und Ge-
störte mit 15 000 Mägden, die 458 Kinderheimen.

Heime und -heimstätten mit 12 000 Betten, die 350
deutschen Herbergen mit 12 000 Plätzen, 29 Arbeiter-
kolonien mit 4000 Plätzen, ferner zahlreiche Einrich-
tungen für Auswanderer, für Seelenleute u. a., die gro-
ßen ev. Frauenverbände mit ihrer mannigfaltigen Für-
sorgearbeit (über 1 Mill. Mital.), die männlichen und
weiblichen Jugendverbände (gegen 1 Million Mitglie-
der) mit vielen Heimen für die Jugend, Burschen-
verbände, Bund vom Weißen Kreuz, Gefängnisgefell-
schaften und zahlreiche andere Vereinigungen. Heute
singen diese Anstalten fast ohne Ausnahme um ihr
Dasein; wenn sie verschwinden, wäre Deutschland um
unermesslich viel Liebe ärmer.

— **Verrechnung der Handwerkskammerumlage.** Vom
Württ. Arbeitsministerium ist der zur Deckung der
Kosten der Handwerkskammer für 1923 zu bezahlende
vorläufige Grundbetrag für die einzelnen Handwerks-
betriebe auf 600 000 M. festgesetzt worden.

— **Verfügungsgelder für die württ. Staatsirren-
anstalt.** In der 1. Klasse 3,8 Mill. und höher, in
der 2. Kl. 3,5—3,8 Mill., in der 3. Kl. 2,5—3,5 Mill.

**Stuttgart, 19. Sept. (Gewaltige Erhöhung
der Fleischpreise.)** Das Hinausschießen der Preise
auf dem Schlachthofmarkt brachte eine Verdreifachung
der Preise. Es kostet: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte
23 Millionen, Rindfleisch 2. Güte 20 Millionen, Kalb-
fleisch 1. Güte 19 Millionen, 2. Güte 14—16 Millio-
nen, Kalbfleisch 24 Millionen, Schweinefleisch 30 Mil-
lionen, Hammelfleisch 24 Millionen und Schafffleisch
20—21 Millionen.

**Aufhebung einer Falschmünzwerk-
stätte in Vörsung.** Kürzlich fiel ein junger Mann
in Frankfurt a. M. durch seine großen Einfälle auf. Es
erwies sich, daß er die gekauften Waren mit gefälschtem
Papiergeld bezahlte. Im polizeilichen Verhör gestand
er, einer der drei Brüder Paul, Karl und Hugo
Gramm von Vörsung zu sein. Der Polizei fiel bei
der Durchsuchung des Hauses eine Steinbrücke und
eine Menge falschen Papiergeldes in die Hände. Allein
für 16 Milliarden 20 Millionen Scheine. Außerdem
eine Anzahl kleinerer, vorzugsweise 50 000-Mark Scheine,
die darauf schließen lassen, daß die Brüder ihr sauberes
Geschäft schon längere Zeit betreiben. Eine große Menge
eleganter Herrengarderobe, Anzüge, Reglans usw. be-
weisen, daß die Herren aus ihrer Tätigkeit auch gewin-
reichen Gewinn zu ziehen sich bemühen. Verhaftet und
mitgenommen wurden als mutmaßliche Täter die drei
Brüder Gramm und der Vater. Die Mutter, ein 14-
jähriger Sohn und der Redakteur Vörsung der „Südd.
Arbeiterzeitung“, die ihre Unwissenheit bestritten, wur-
den auf freiem Fuß gelassen.

**Industriearbeiter-Gehälter nach Dol-
larfuß.** Zwischen den Angestelltenvereinigungen und
der Vereinigung württ. Arbeitgeberverbände wurde eine
Vereinbarung getroffen, daß die Gehälter wöchentlich
ermittelt und jeden Samstag ausbezahlt werden. Der
Multiplikator für die Woche wird dem Berliner Dollar-
fuß entnommen.

Die Längenregel — eine halbe Million!
Die Brotpreise werden wie folgt erhöht: 1 Kilo marke-
freies Schwarzbrot oder Roggenbrot 8 Mill., 1 Kilo Weiß-
brot 10 1/2 Mill., 1 Brötchen, Weizen, Längenregel
500 000 Mark. Die Backpreise werden verdoppelt.

Fehl Unfall. Der Schwiegersohn des Oberbürger-
meisters Vantenschlager, Albert Ennen, Direktor der
Allgemeinwirtschaft Roth u. Radtke, Zweigstelle München,
ist am Sonntag in der Nähe von Solin bei München
schlimm verunglückt. Der Verunglückte, der erst vor einem
halben Jahr eine Tochter des Oberbürgermeisters geheir-
atet hat, war als tüchtige und umfichtige Arbeitskraft
bekannt.

**Cannstatt, 18. Sept. (Die Aufteilung des
Oberamts.)** Durch Verordnung des Staatsministe-
riums wurden auf Grund des Art. 9 des Gesetzes über
die Aufteilung des Oberamtsbezirks Cannstatt die Ge-
meinde Schanbach dem Amtsgerichtsbezirk Eplingen, die
Gemeinden Romschhausen und Stetten dem Amtsge-
richtsbezirk Waiblingen, die Gemeinden Rohrdorf, Sil-
berbach dem Amtsgerichtsbezirk Stuttgart-Amst zuge-
teilt. Die übrigen Gemeinden des bisherigen Oberamts-
bezirks Cannstatt bleiben bei dem Amtsgerichtsbezirk
Stuttgart-Cannstatt.

Verdingen, 19. Sept. (Tollwut.) Ein fremder
unverschämter, ansehend tollwütiger Hund hat eine
Lage, sowie Enten und Gänse totgebissen und einen zehn-
jährigen Knaben eine starke Verletzung am Oberarm be-
gebracht. Der Knabe und der Kopf des erschossenen
Hundes wurden zur Untersuchung nach dem Pasteur'schen
Institut in Berlin verbracht.

Frederikstadt, 19. Sept. (Denkmalweihe.) Das
Denkmal der 128er, das auf dem Schiffsloft 25 Minu-
ten vom Ruhestein entfernt, in Gestalt eines mächtigen
Kriegerbundes mit Ehrenmal errichtet wurde, wird am näch-
sten Sonntag, 12. Sept. mittags, eingeweiht.

Waldsee, 19. Sept. (Die rohe Jugend.)
Ein 18-jähriger Schüler der Jugendverweirung spielte sich
dieser Tage in Scharenstetten ab. Ein 13-jähriger Jüng-
ling einem 70-jährigen Mann mit einem Steinhammer
derart auf den Kopf, daß derselbe bewußtlos zusammen-
brach und nach kurzer Zeit verschied.

Waldsee, 18. Sept. (Bauern demonstration.)
Am Sonntag fand in Unterwarzach eine große
Bauernkundgebung statt, als Protest gegen das Vorgehen
des Amtsgerichts Waldsee, das gegen 40 Landwirte viele
Millionen Strafe verhängt hatte wegen vorsätzlicher
Preistreiberie. Die Landwirte des Bezirks lieferten in
den Monaten Februar bis Mai Milch vorrätigsmäßig
an die Käsereien ab, wo sie zu Butter und Käse ver-
arbeitet wurde. Die an das Oberamt Biberach angren-
zenden Käsereien bezahlten nun von sich aus und ohne
daß die Bauern es verlangten, den etwas höheren amt-
lichen Milchpreis des Biberacher Oberamts, während sie

sich an den vom Oberamt Waldsee festgesetzten Preis hät-
ten halten sollen. Darin erblickte das Amtsgericht Wald-
see eine vorsätzliche Preistreiberie. Abg. K. d. e. Stutt-
gart griff das Urteil des Amtsgerichts Waldsee scharf an,
ebenso Abg. K. d. e. Waldsee. Die Landwirte des Ober-
amtsbezirks Waldsee erklärten sich mit den Beiratsen
solidarisch.

Waldsee, 19. Sept. (Brand.) In Waidersdorf ent-
stand in dem großen Wohn- und Oekonomiegebäude des
Gutsbesizers A. Schab Feuer, dem fast das ganze An-
wesen zum Opfer fiel.

Großfeuer in Wolterdingen.

Donauwörth, 19. Sept. Am Dienstag früh ist
die kleine, kaum 700 Einwohner zählende Gemeinde
Wolterdingen, die etwa eine Stunde von Donauwörth
entfernt liegt, von einer schweren Feuerbrunst heimges-
ucht worden, der 28 Wohnhäuser mit Oekonomiegebäu-
den, Stallungen und Schuppen zum Opfer gefallen sind.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Gefahr in Bayern. Reichswehrminister Dr. Gey-
ler hat eine Dienstreise nach Bayern angetreten.

Ausbreitung der Hundstollmout. Die aus Ingolstadt
berichtet wird, hat die Hundstollmout im vorigen Be-
zirk einen Umfang angenommen, der als geradezu ge-
fährdend bezeichnet werden muß. Vier Personen
sind nachgewiesenermaßen schon von wutkranken Hun-
den gebissen worden. Ein Knabe ist an den Folgen
des Bisses gestorben; drei andere Knaben mußten zur
ärztlichen Behandlung nach Berlin gebracht werden.

Städte gefaßt. Die Borsarberger Landesregie-
rung hat aus Neuport ein Telegramm des österreichi-
schen Konsulats erhalten, wonach die 14-Meter-Segel-
jacht „Sowitassgott V“ wohlbehalten in Neuport ein-
getroffen ist. Damit ist der erste Versuch, mit einem
Segelboot den Atlantischen Ozean zu durchkreuzen,
von deutscher Seite aus gelungen. Die „Sowitassgott V“
hat, wie man sich erinnert, Hamburg am 28. Juni ver-
lassen; sie lief am 11. Juli Dover an, am 1. August
Madeira, von wo sie am 5. August nach Neuport in
See gi.

Wien ohne Kino. Seit Samstag Abend ist Wien
ohne Kino. Die Angestellten hatten eine Lohnforde-
rung gestellt, die von den Besitzern mit der Begrün-
dung abgelehnt worden war, daß eine weitere Er-
höhung der ... nicht vorgenommen werden
könne. Als im Laufe des Nachmittags für circa 30
Kinos der Streik proklamiert wurde, antworteten die
Besitzer mit der Sperre aller übrigen rund 150 Kinos.

Die Basler Messe abgebrannt. Die Gebäude der
Messe, die fast durchweg aus Holz bestanden,
sind am Sonntag nachmittags vollständig niederge-
brannt. Wie es heißt, soll das Großfeuer durch Kurz-
schluß entstanden sein. Es war schon seit einiger Zeit
geplant, die Messegebäude neu und massiv aufzu-
bauen.

Die Schweiz macht es einfach. In der gesamten
Schweiz wurde die Briefbestellung am Sonntag auf-
gehoben.

Selbstmord eines arabischen Prinzen. Der 29-jährige
Prinz Abdur Rahim, der jüngste Sohn des früheren
Sultans Abdul Hamid, wurde in seiner Wohnung
tot aufgefunden. Der Prinz hatte seinem Leben durch
einen Revolverbeschuss ein Ende gemacht.

Die Untersuchungskommission in Albanien. Die in-
ternationale Untersuchungskommission unter Führung
eines japanischen Obersten ist in Janina eingetroffen
und begann sofort mit ihren Nachforschungen nach
den näheren Umständen der Ermordung der italieni-
schen Mission.

Erdbeben auf Malta und Sizilien. Wie aus Malta
gemeldet wird, wurde die Insel am Dienstag früh um
8 Uhr von einem Erdstoß heimgesucht, der etwa 12
Sekunden andauerte. Die Gebäude wurden bis in die
Grundfesten erschüttert. Größerer Schaden wurde jedoch
nicht angerichtet. Die erhöhte Bevölkerung eilte so-
fort aus den Häusern und Kirchen. Auch aus Sizilien
wird ein ähnlicher Erdstoß gemeldet.

Taufunterbrechungen. Nach einer vom „Temps“ ver-
öffentlichten Meldung der „New York Tribune“ wird
aus Kobe durch Funkbruch gemeldet, daß während
eines Taufs, der die Stadt Tottori in Japan betroffen
hat, mehr als 3000 Personen ertrunken und Tausende
Einwohner obdachlos geworden sind. Der Schaden
werde auf etwa 10 Millionen Dollar geschätzt.

Franzosen und Kommunisten.

Wie im Reich, so entfalten besonders im Ruhr-
gebiet die Kommunisten eine lebhafteste Propaganda.
Sie richtet sich gegen den Kapitalismus überhaupt
wie gegen den französischen Imperialismus insbe-
sondere. Die Kommunisten haben zu den Polzen viel-
fach Beziehungen angeknüpft. Während zu Anfang der
Besatzung die französischen Soldaten sich voller Wut
aus deutsche Maueranschläge, auch wenn diese in fran-
zösischer Sprache sich an die französischen Soldaten
richteten, fürzten, lesen sie jetzt mit großem Interesse
und offensichtlichen Schmunzeln die Aufrufe der Kom-
munisten an die französischen Soldaten, sich nicht länger
vom Imperialismus und Militarismus mißbrauchen zu
lassen. Das französische Besatzungsheer, wenn auch oft
ausgeholfen mit Truppen aus Frankreich — ist längst
vom Kommunismus angegriffen; mit diesen Soldaten
würde wohl kein Offizier in die offene Schlacht zu-
ziehen wagen, in den Kampf gegen deutsche Arbeiter.
Das weiß Poincaré! Der Widerstand der deutschen
Arbeiter, den nichts brechen kann, und die bolsche-
wistische Inflation des französischen Deeres sind zwei
Momente, die Poincaré mehr bedrückend werden, als
alle papierenen Noten der Mächte. Es ist doch recht be-
zeichnend, was das kommunistische „Ruhr-Echo“ in Es-
sen berichtet: Französische Soldaten geben den deut-
schen Kommunisten 10 Millionen Mark als Entgelt
einer Sammlung für die R. P. D.

Handel und Verkehr.

Dollar: Berlin 181 455 000 G. 182 455 000 Br.
Frankfurt 252 367 500 G. 253 632 500 Br.

Wichtige Berliner Devisenkurse vom Mittwoch.
Amsterdam 71 421 000 G., 71 779 000 Br.
Brüssel 8 787 000 G., 8 822 000 Br.
Christiana 29 127 000 G., 29 273 000 Br.
Kopenhagen 32 917 500 G., 33 082 500 Br.
Stockholm 48 079 500 G., 48 320 500 Br.
Italien 6 339 850 G., 6 380 150 Br.
London 822 237 500 G., 827 062 500 Br.
Paris 10 573 500 G., 10 626 500 Br.
Schweiz 31 920 000 G., 32 080 000 Br.
Spanien 24 339 000 G., 24 461 000 Br.
Deutsch-Oesterreich 255 360 G., 256 640 Br.
Prag 5 446 350 G., 5 473 650 Br.
Buenos Aires 59 451 000 G., 59 749 000 Br.

Wichtige Zahlen vom Mittwoch:

1 Goldmark = 43 333 333 (35 714 280) Papiermark.
Goldmarkausgeld 19. Sept. 2 179 999 900 v. D.
Goldmarkauspreis 1 Kilo = 640 Dollar.
Silbermarkauspreis 5 500 000 Mark.
Lebensmittel (Großhandel) 8 184 090 Mark.
Einfuhrwarenindex 20 779 953 Mark.
Inlandswarenindex 9 659 886 Mark.

Stuttgarter Börse, 19. Sept. Die großen Schwankungen des Dollars mit starken Ausschlägen nach unten (bis zu 160) waren für die Spekulation das Signal zur Vorsicht, so daß nur wenige Papiere den schon einige Zeit fast ohne Unterbrechung beschrittenen Weg nach oben weitergingen. Die Grundtendenz war aber fest, die Kursabschwächungen wohl nur der Ausdruck teilweiser Geldknappheit. — Im Einzelverkehr kam die augenblickliche unsichere Lage noch mehr zum Ausdruck. Die Kurse blieben stehen. Gegen den Schluß befestigte sich die Konjunktur.

Die Schlussschicht für Zucker wurde auf 30 Millionen Mark aufgesetzt.

Mehlpreis. Das Geschäft ist still. Man hört keine Offerten. Guldenkurs von 71 Mark. entspricht einem Mehlpriß von 1,5—1,8 Millionen für den Doppelzentner.

Neuer Bierpreis. Die Vereinigten Brauereien haben mit Wirkung vom 19. September an folgende neuen Bierpreise festgesetzt: Jährliches Lagerbier kostet als Maßbier 6 Mark. pro Liter, im Ausverkauf mindestens 3 Mark. das 0,3 Litermaß; als Flaschenbier im Einkauf 0,5 Liter 4,5 Mark., im Wiederverkauf über die Straße 5,2 Mark. und die Flasche zu 0,7 Liter 6,3 Mark., im Wiederverkauf über die Straße 7 Mark. Spezialbier kostet im Maß 7,5 Mark. pro Liter, im Ausverkauf mindestens 3,75 Mark. das 0,3 Litermaß, als Flaschenbier im Einkauf die 0,6 Literflasche

7 Mark., im Wiederverkauf über die Straße 8 Mark. Das Flaschenbier beträgt 2 Mark.

Die Preisgestaltung in der Schweiz. Nach einer Statistik ist die Preisgestaltung in der Schweiz, die bis vor kurzem immer noch teurer als in Deutschland war, zum 1. August d. J. um 35 Proz. niedriger als in Deutschland. Nur für Nahrungsmittel hat Deutschland noch einen Vorprung von 2,3 Proz. gegenüber der Schweiz um 62 Proz. billiger als in Deutschland und Mineralien um 85,6 Proz.

Die Zigarettenpreise. Ab 17. Sept. betragen die Mindestpreise für Zigarettenkartons für orientalische Zigaretten 600 000 Mark., 1500 Gr. und mehr 1 Million, bis 650 Gr. 500 000, unter 400 Gr. 400 000 Mark.; Holländische Zigaretten bis 450 Gr. 300 000, über 450—700 Gr. 500 000, über 700 Gr. 600 000 Mark. Zigaretten, die unter Mitverwendung nicht orientalischen Tabaks hergestellt werden und die nicht mehr als 50 Proz. orientalischen Tabak enthalten, 450 000 Mark. Die Gewichtsangabe verleiht sich hierbei für 1000 Stück, während der Preis für ein Stück in der entsprechenden Verpackung gilt.

Württembergische Schweinepreise. Dem Markt in Ellwangen waren 262 Mark. und 5 Käufer Schweine zugeführt. Preis 360—400 Mark. pro 100 Mark. — In Kältern kostete das Paar Marktschweine 260—450 Mark.

Marktschweine, 18. Sept. Dem Viehmarkt waren 29 Ochsen, 29 Bullen, 26 Kühe, 42 Färsen und 16 Schweine zugeführt. Preis für den Rtr. Lebendgewicht, je nach Sorte, in Mark. pro 100: Ochsen 600—1000, Bullen 600—880, Kühe und Färsen 400—1000, Kälber 750 bis 900, Schweine 1260—1400, Sauen 1150—1270. Verlauf des Marktes: lebhaft, Markt geräumt.

Berliner Produktmarkt, 19. Sept. Weizen mark. 270—300, Roggen 300, Sommergerste 270—300, Wintergerste 260—270, Sommergerste 270—300, Hafer mark. 240—250, Weizenmehl 850—950, Roggenmehl 700—850, Weizen- und Roggenmehl 165—175, Raps 320—330, Wirtelrapsen 500—600, Weizenrapsen 450 bis 550, Rapskuchen 220, Trodenknäuel 130 bis 140, Kartoffelflocken 240—250 Mark.

Mitteleuropäisches Wetter.
Von Osten her ist der angekündigte Luftwirbel mit seinen Unwittern bis Süddeutschland gelangt. Am Freitag ist vielfach bedecktes, zeitweilig regnerisches und kühleres Wetter zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Einberufung des Reichstags.

WZB. Berlin, 20. Sept. Laut „Vorwärts“ hat der Reichstagspräsident den Reichstag für Mittwoch, den 26. September, einberufen. Das Blatt glaubt, daß der Reichstagspräsident schon in den ersten Tagen der beginnenden Session

per'ode, v'elleicht bereits am 26. September, eine Erklärung über die Entwicklung der außenpolitischen Lage und eine Darstellung der innenpolitischen Entwicklung, sowie der geplanten Maßnahmen der Reichsregierung abgeben wird.

Vom besetzten Gebiet.

WZB. Bonn, 20. Sept. Die die Stadtkommunikation mitteilt, sind von den Franzosen vor einigen Tagen rund 12 Milliarden Mark, die zur Aufzahlung regelmäßiger Steuern bestimmt waren, geraubt worden. Der Antrag der Stadtkommunikation auf Freigabe der Summe wurde abgelehnt.

WZB. Trier, 20. Sept. Der Leiter der Trierer Eisenbahnverwaltung sucht die Verhältnisse und die leitenden Beamten der deutschen Eisenbahnen auf und erklärt ihnen, daß in 14 Tagen die Sache für Deutschland verloren sei. Nach den leitenden Beamten würden in ihren Stellungen belassen, die vorher den Dienst bei der Regie aufgenommen hätten. Das Ansuchen wurde abgelehnt.

Reichsregierungs Verbot.

WZB. Düsseldorf, 20. Sept. Nach einem von General Deinesen beim Regierungspräsidenten von Düsseldorf eingegangenen Schreiben vom 17. September ist das unter dem 14. September erlassene Verbot der Zeichnung des Goldanleihe im besetzten Gebiet als nicht ergangen anzusehen.

Polen und Belgien.

WZB. Paris, 19. Sept. Die Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin in der englischen Botschaft ist um 4 Uhr zu Ende gegangen. Poincaré ist sofort nach dem Dail 'O'ay zurückgekehrt, während Baldwin im Automobil in Begleitung des englischen Botschafters nach Rambouillet gefahren ist, wo er um 5 Uhr von M. L. de la Roche empfangen wurde. Der englische Premierminister reist voraussichtlich erst morgen nach London weiter.

Schiedsgerichtsvortrag zwischen Oesterreich und Polen.

WZB. Warschau, 20. Sept. Die die Pol. Tel. Ag. meldet, ist anlässlich der Anwesenheit des österreichischen Botschafters Dr. Seipel und des Botschafters für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Grünberger, der Entwurf eines Schiedsgerichtsvortrags zwischen Oesterreich und Polen paraphiert worden. Dieser Vertrag soll alle etwa auftauchenden Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern, die in dem Vertrag ausdrücklich vorgegeben sind, der obligatorischen schiedsgerichtlichen Behandlung unterwerfen.

Aus Spanien.

WZB. Paris, 19. Sept. Die Gaceta aus Madrid meldet, hat der König unter den zur Bekämpfung des Separatismus bestimmten Verordnungen auch eine solche unterzeichnet, der zufolge die Vergehen gegen die Sicherheit und die Einheit des Landes von den Militärgerichten abgeurteilt werden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

Wichtige Bekanntmachungen.

Erwerbslosenfürsorge.

Nach § 12 a des Gesetzes vom 14. Mai 1923 Reichsgesetzblatt Nr. 36 zur Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 bleiben Krankenversicherungs-Pflichtige, wenn sie infolge vorübergehender Einstellung oder Beschäftigung der Arbeit Lohnföhrungen erfahren, solange bei ihrer Klasse nach demjenigen Grundlohn versichert, der für sie ohne Rücksicht der Arbeitszeit maßgebend wäre. Der Arbeitgeber kann den Arbeitnehmer nur die Beitragsstelle abziehen, die auf sie bei Zugrundelegung des geltenden Verordnungs entfallen.

Die Gemeinde hat dem Arbeiter den Unterschied zwischen dem Betrag, welchen der Arbeitgeber zu leisten hat und dem, den der Arbeitnehmer leistet, zu ersetzen. Dem Nachweis des erhaltungsfähigen Gehalts hat der Arbeitgeber zu erbringen.

Um nun eine einheitliche Regelung bezw. Durchführung obiger Gesetzesvorschrift zu ermöglichen, wird folgendes bestimmt. Derjenige Betrieb, bei denen der oben genannte § 12 a in Frage kommt, melden erst nach erfolgter Prüfung der Erwerbslosen durch die Allgemeine Ortskrankenkasse ihre Erfolge bei der Gemeinde an. Weiter sind die Erfolge nach einem bei der Krankenkasse erhältlichen Vorblatt anzuführen.

Die (Stadt) Schulgesundheitsämter werden beauftragt, Vorstehendes den in ihrer Gemeinde vorhandenen Arbeitgebern, bei denen ein Ertrag von Krankenkassenbeiträgen durch die Gemeinde in Frage kommt, bekannt zu geben.

Zurück Ertrag der von den Gemeinden aufgelegten Krankenkassenbeiträgen durch das Reich sind die ausgelegten Beiträge spätestens bis 1. jeden Monats dem Oberamt nachzuweisen.

Ragold, den 18. Sept. 1923. Oberamt: M. A. 1.

Beiz. Zuckerabgabe.

Der Kleinverkaufspreis und zugleich Höchstpreis im Sinne des Höchstpreisgesetzes beträgt für den August-Zucker:
Für 1 Pfd. Raffinatzucker M. 850 000.—
1 „ Sandzucker M. 820 000.—
1 „ Feinzucker ohne Papier gewogen M. 880 000.—
1 „ Würfelzucker M. 880 000.—

Zur Abgabe kommen 2 Pfd. auf die Person gegen Abgabe der Zuckerkarte Nr. 11.

Der Zucker muß von den Verbrauchern bis zum 24. d. Mts. abgeholt werden. Vom 25.—30. September müssen obige Zuckerpreise der Geldentwertung entsprechend erhöht werden.

Zuckermarken, welche bis zum 30. September nicht eingelöst sind, verlieren ihre Gültigkeit.

Ragold, den 19. Sept. 1923. Oberamt: J. B. Schneider, f. v. Amtm.

Tiroler Kranthöbel



**Gurkenhöbel
Kettighöbel
Kettigschneider**

empfiehlt:
**Henfeler
Eisenwaren-
handlung**

Für die einfache und
bürgerliche Küche
sei empfohlen:



von Luise Späthner.
Lebte, vollständig neu
bearb., stark vermehrte
Ausgabe, 152 S., halbb.
gebund.

Su haben in der
**W. Rieker'schen Buchhdlg.
Altensteig.**

Tausch

von Bangholz oder
Schnittwaren gegen

Mugkub.

Wer? — sagt die Welt. d. B.

Butterpapier

in Bogen und geschnitten
empfiehlt die

**W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.**

Egenhausen.

Zu unserer am Samstag, den 22. d. Mts.
Katholikentag

Kirchlichen Trauung

loben wir alle Verwandte und Bekannte freundlichst
ein.

Christian Gatz | **Katharine Wachenhut**

Bauer. | Tochter des
Freih. Wachenhut, Fuhrmann.

Nichthaus um 1 Uhr.

Abends gemächliches Beisammensein
im Ochsenstall.

Achtung! Bürger Achtung!

Kammerjäger Dehle, Vertreter des Versicherungs-Institutes gegen sämtliches Ungeziefer, langjährig erfahrener Fachmann, ist soeben hier eingetroffen und übernimmt die Vertilgung sämtlicher Ungeziefer wie Ratten, Mäuse, Wühlmäuse, Schwaben, Wanzen usw. unter zwei Tage schriftlicher Garantie. Erfolg innerhalb 24 Stunden. Auf Wunsch ist Ratten und Mäuse ungeschädlich. Billige Abrechnung des Ungeziefers ist im Interesse der Volkswirtschaft unbedingt erforderlich. Bestellungen erbitten sofort unter Versicherungsinstitut gegen sämtliches Ungeziefer an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zur Anfertigung

von
Druckarbeiten

hält sich bei schnellster Bedienung
bestens empfohlen

die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Inh. L. Laak
— Altensteig. —